

EIN NÄHRBODEN FÜR DIE KRISE

Von Sabine Nuss

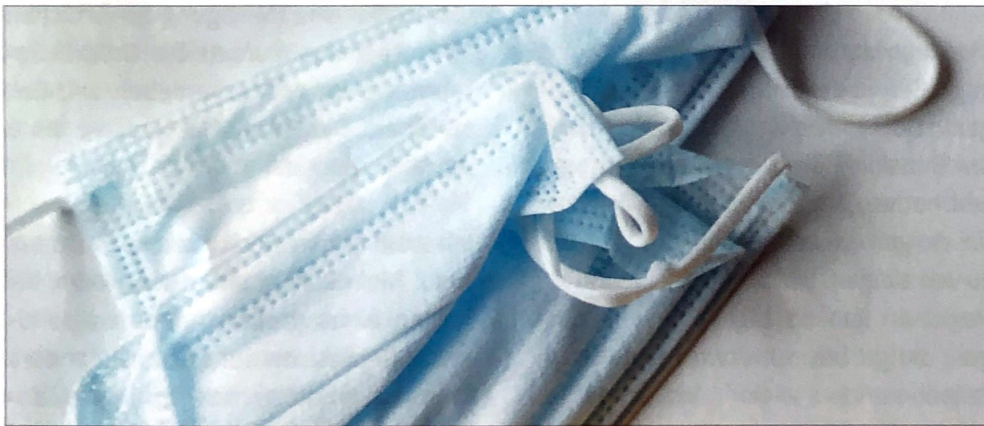
Als es zu Beginn dieses Jahres zur Pflicht wurde, FFP2-Masken statt selbstgeschneiderter Baumwolltücher zu tragen, stand eine Frage schnell im Raum: Wie sollen sich die Leute leisten, die kein Geld haben? Nur hatte sich diese Frage die Bundesregierung gar nicht gestellt, sondern allen voran die Betroffenen. Auf einer Bundespressekonferenz hakte der Journalist Tilo Jung stellvertretend nach: »Wie sollen sich ökonomisch schwache Menschen diese Masken leisten?« Die zuständige Staatssekretärin erklärte, man habe nun beschlossen, auch OP-Masken zuzulassen, diese, so fügte sie hinzu, würden besser schützen als Baumwolltücher und seien eher erschwinglich. Mit anderen Worten: Billiger. Aber nicht so sicher.

Die Reaktion der Bundesregierung offenbart mehr als sie von sich weiß: Nicht nur zeigen sich in der Krise die sozialen Missstände wie unter einem Brennglas, auch ein spezifischer Blick auf Armut tritt sichtbarer zu Tage: Armut scheint so natürlich wie ein Gewitter, wen es trifft, der hat selbst Schuld. Oder Pech. Im Normalbetrieb werden Menschen, die kein oder wenig Geld zum Leben haben, daher notdürftig verwaltet: »gefördert und gefordert«. In der Krise stehen sie hinten an.

Es sind die vielfältig Unterprivilegierten, deren Verwundbarkeit in der Pandemie am größten ist: Die Geringverdiener haben die größten Lohneinbußen. Kinder aus armen Haushalten werden kaum noch von Fürsorgestrukturen erfasst. Sie sind auch weniger gut mit digitaler

Grundversorgung ausgestattet, was die Teilnahme am Online-Unterricht erschwert. Menschen mit Migrationshintergrund verlieren schneller ihren Job. Obdachlosen bricht die Almosenquelle weg. Frauen und Kinder in beengten Wohnverhältnissen sind häuslicher Gewalt tendenziell stärker ausgesetzt. Soloselbständige fallen ins existenzielle Nichts. Es sind auch die Menschen in unterprivilegierten Wohn- und Lebenslagen und die in prekären Arbeitsverhältnissen, die tendenziell anfälliger sind für eine Infektion und einen schwereren Krankheitsverlauf. Im März dieses Jahres veröffentlichte das Robert-Koch-Institut Zahlen über den Anstieg der Covid19-Todesfälle in sozial benachteiligten Regionen. Er lag dort während der zweiten Infektionswelle im Herbst und Winter 2020/2021 besonders hoch. In sozial stark benachteiligten Regionen starben um rund 50 bis 70 Prozent mehr Menschen an Corona als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung. Die Verwundbarkeit der Unterprivilegierten in der Pandemie ist zum einen Ergebnis einer sozioökonomischen Entwicklung der letzten 40 Jahre, die meist unter dem Begriff Neoliberalismus kritisch diskutiert wird. Und sie ist zum anderen Ergebnis einer systemischen Ungleichheit, die zurückgeht auf die herrschende Wirtschafts- und Eigentumsordnung, was weit weniger intensiv diskutiert wird.

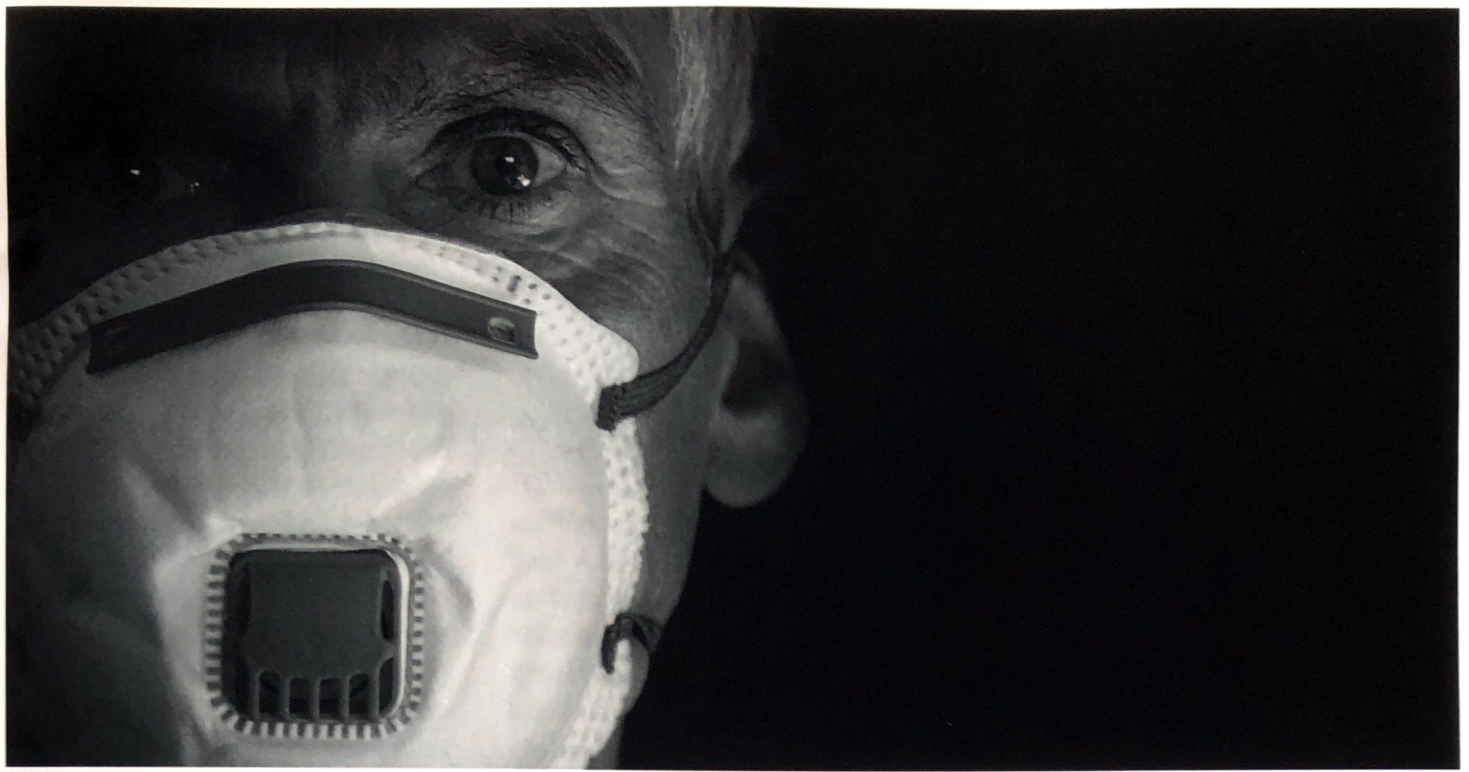
Zu den erwähnten historisch-konkreten Entwicklungen ist viel geschrieben worden. Die Rechtsprofessorin Katharina Pistor resümierte jüngst in ihrem Buch »Der Code des Kapitals«, ob wir nicht mittlerweile ein Maß an Ungleichheit haben, das zuletzt vor der Französischen Revolution erreicht wurde. In Deutschland besitzt das reichste Pro-



- Jede **5.** Person in Deutschland arbeitet im Niedriglohnssektor
- **10 Prozent** der Bevölkerung besitzen circa **67 Prozent** des Vermögens in Deutschland
- Seit 1992 ist der Anteil privater Krankenhäuser von knapp 15% auf **über 37%** gestiegen

Als **GRÜNE JUGEND** fordern wir:

Massive Investitionen in die Öffentliche Daseinsvorsorge und die Austrocknung des Niedriglohnssektors, unter anderem durch einen Mindestlohn von 15 Euro.



zent der Bevölkerung 35 Prozent des Gesamtvermögens der Gesellschaft, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Die untere Hälfte der erwachsenen Bevölkerung hält einen Anteil am Gesamtvermögen von lediglich 1,3 Prozent.

Den systemischen Ursachen für die soziale Ungleichheit kommt man näher, wenn man in den Blick nimmt, dass das Vermögen in Deutschland größtenteils aus Betriebsvermögen (40 Prozent) sowie aus nicht selbst genutzten Immobilien (25 Prozent) besteht. Wie viel Geld man jeden Monat verdient und wie viel Geld man in Immobilien, Aktien, Staatsanleihen oder Bankguthaben angelegt hat, macht einen Unterschied ums Ganze. Sowohl Investitionen in Immobilien als auch in Unternehmen haben den Zweck, mittels der Arbeit anderer einen Gewinn zu erzielen. Im ersten Fall ist es die Miete, im zweiten Fall ist es die Arbeit, die sich an Renditeerwartungen messen lassen muss. Einkommen und Vermögen sind abstrakt gesprochen Ausdruck unterschiedlicher Funktionen von Eigentum. Mit dem Einkommen kann man über einen begrenzten Umfang dessen verfügen, was die Gesellschaft arbeitsteilig produziert hat:

Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf, Möglichkeiten der Fortbewegung, Reisen, Friseurbesuche und dergleichen mehr. Dieser Konsum dient ökonomisch betrachtet dazu, die Arbeitskraft der Einkommensbezieher zu erhalten, was bei geringen Einkommen dazu führt, dass am Ende des Monats kein oder kaum Geld übrig ist.

Vermögende hingegen haben mehr Geld, als sie zum Konsum brauchen – sie können es zwecks Vermehrung investieren. Ab einer gewissen Größe verleiht ihnen ihr Vermögen die Macht, über die Arbeitskraft anderer zu verfügen. Die Eigentümer von Betriebsmitteln, wie Maschinen, Immobilien und Naturressourcen können die große Mehrheit derer, die solches Eigentum nicht haben, für sich arbeiten lassen. Quelle von Vermögen ist die Arbeit anderer, jene der Eigentumslosen. Sie erhalten für ihre Arbeit systematisch weniger Wert, als sie tatsächlich geschaffen haben. Es ist kein Wunder, dass die reichsten Haushalte jene sind, die über Betriebsvermögen verfügen. Mit den beiden unterschiedlichen Funktionen von Eigentum – Einkommen und Vermögen – liegt damit zugleich ein Herrschaftsverhältnis vor. Jene, die kein

Vermögen haben, sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die ungleich verteilte Verfügungsgewalt über jene Mittel, von denen alle Menschen gleichermaßen für das Leben und Überleben abhängen, ist der Produktion daher bereits vorausgesetzt und nicht erst ihr Ergebnis. Die Macht jener Minderheit, die Eigentum an Produktionsmitteln hat, ist weitreichend: Sie entscheidet nicht nur darüber, wen sie einstellt und zu welchen Bedingungen, sondern auch, wo investiert wird, was und wie viel produziert wird, zu welchem Preis, mit welchen Ressourcen, an welchem Standort, auf welche Kosten. Das ist die unternehmerische Freiheit, bzw.: die Freiheit des Privateigentums.

Diese Freiheit findet allerdings Grenzen an einer spezifischen gesellschaftlichen Handlungsstruktur. So sind die Unternehmen stets gezwungen aufgrund der Konkurrenz erneut Kapital zu investieren, um die Produktivität zu erhöhen, damit sie günstiger anbieten können, um nicht vom Markt zu verschwinden. Kapitalvermehrung ist daher endlos und sie kennt auch kein Maß: mehr ist immer besser als weniger. Konkurrenz macht auch den Arbeitsmarkt zu einem Kampfplatz und hat Einfluss auf die

Kräfteverhältnisse: Gibt es wenig Arbeitsplätze, sind die Arbeitssuchenden dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft zu schlechteren Bedingungen anzubieten.

Nicht nur Rohstoffe, Naturressourcen, Betriebsmittel etc. sind daher bloß Mittel der ständigen Wiederholung der Kapitalvermehrung, sondern auch die Arbeitskraft. Sie wird nur solange gebraucht, wie sie diesem Zweck dient. Unternehmenspleiten, konjunkturelle Ab- und Aufschwünge, schwere Wirtschaftskrisen sind fester Bestandteil einer kapitalistischen Ökonomie. Menschen werden entlang ihrer Nützlichkeit für eine erfolgreiche Kapitalverwertung in die Produktion eingesogen und auch wieder ausgespuckt. Der Grund für staatliche Sozialleistungen liegt nun nicht darin, dass die Menschen vor den krisenhaften Dynamiken einer Marktwirtschaft geschützt werden sollen, sondern dass sie jederzeit für das Kapital bereit stehen müssen. Aufgrund des anarchischen und unberechenbaren Auf und Ab braucht es eine Arbeitskraftreserve, sie muss nicht nur am Leben gehalten, sondern auch



qualifiziert werden, sodass sie den sich stets wandelnden Bedürfnissen des Kapitals angepasst werden kann. Und sie muss den Bedürfnissen des Kapitals auch dann zur Verfügung stehen, wenn die Bedingungen schlecht sind. Diesen umfassenden Anspruch an das Leben der Lohnabhängigen erfüllt der Staat mit seiner Philosophie des »Förderns und Forderns«. Der Spielraum dessen, was der Staat für Soziales ausgeben kann, hängt von den Steuereinnahmen ab, diese wiederum von einem erfolgreichen Wirtschaftswachstum und das wiederum davon, ob die Betriebs- und Arbeitskosten niedrig sind. Das sind die Widersprüche, in der sich im Kapitalismus jede Form von Wirtschaftspolitik bewegen muss. Auflösen kann sie diese nicht. Dieses grundlegende gesellschaftliche Verhältnis findet konkret-historisch zeitlich und räumlich höchst unterschiedliche Ausprägungen. In den letzten vier Jahrzehnten hat sich global ein Kapitalismus herausgebildet, der als »neoliberal« in die Literatur und den öffentlichen Diskurs eingegangen ist. Strukturell wurde dem Kapital mehr Bewegungsfreiheit gegeben, es wurde von Kosten entlastet: Arbeit, Steuern, rechtliche Einschränkungen. Die Staaten kompensierten die Steuererleichterungen für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen, indem sie ihre Ausgaben für Soziales erheblich reduzierten. Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital wurde in der Folge zugunsten des Kapitals verändert, die Vermögensungleichheit wuchs, die unteren und mittleren Einkommen stagnierten oder sanken. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer.

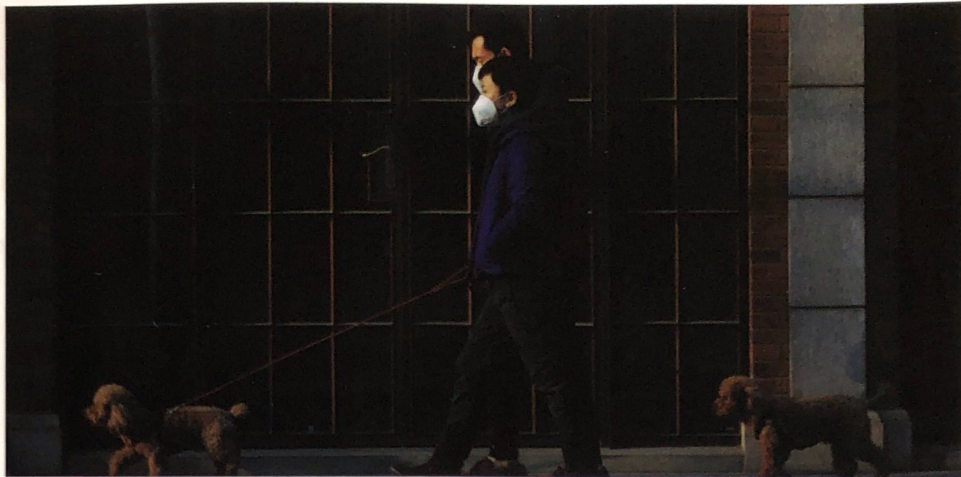
In Deutschland war es die rot-grüne Koalition, die für die sozialen Verwerfungen den Boden bereitete, indem sie Anfang der 2000er Jahre mit der Agenda 2010 einen Reformprozess orchestrierte, dessen bekanntester Teil die Hartz-Gesetze wurden. „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, verkündete Kanzler Gerhard Schröder stolz in einer Rede vor dem World Economic

Forum in Davos 2005. Hintergrund waren eine seinerzeit gewachsene Arbeitslosigkeit und die sich verschärfende Weltmarktkonkurrenz, unter deren Druck die EU die Losung ausgab, zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Mittel dazu waren unter anderem die Absenkung der Lohnnebenkosten, die Entlastung des Kapitals von Steuern, der Umbau der Sozialsysteme, die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und die Privatisierung der Rente. Dem Armutsforscher Christoph Butterwegge zufolge hätten die damaligen Planer ihr „Hauptaugenmerk auf das Kapital und seine Möglichkeiten der Profitmaximierung“ gerichtet, „weil sie dessen Interessen mit dem Allgemeinwohl gleichsetzten“. Ein Fehlschluss, der bis heute den meisten sozial- oder wirtschaftspolitischen Reformüberlegungen zugrunde liegt. Es ist aber grade nicht der Zweck eines Unternehmens, Arbeitsplätze zu schaffen oder für hohe Löhne zu sorgen, sondern Kapital zu vermehren.

Die sogenannten Corona-Hilfen, die der Staat nun gewährt, folgen dieser Logik. Die Unterstützung ist darauf fokussiert, dass Unternehmen über die Pandemie hinweg gerettet werden. Schlagendes Beispiel dafür ist die Kurzarbeit. Während die Unternehmen damit entlastet werden, geht dies auf Kosten der Beschäftigten, die Gehaltseinbußen hinnehmen müssen. Die vielen Soloselbstständigen werden mit nur geringen Beträgen abgespeist, müssen dafür aber enorme bürokratische Hürden und hohe Auflagen erfüllen. Das in der Tagesschau vorgestellte Beispiel einer Steuerberaterin, die für einen Künstler die Hilfen beantragte, dafür sechs Arbeitsstunden benötigte, um am Ende 2800 Euro Unterstützung für ihn zu bekommen, ist durchaus repräsentativ. Menschen, die von Transferzahlungen abhängig sind, erhalten nur eine ganz geringe zusätzliche Unterstützung, obgleich bei ihnen der Bedarf an digitalen Medien für Homeschooling, die Notwendigkeit, Schutzmasken zu tragen, sowie der Wegfall von Schulspeisung

oder anderer Hilfsangebote eine solche Unterstützung dringend nötig machen würde. Aber auch das in der Regel niedrige Einkommen jener Menschen, die gerade in der Pandemie die systemrelevanten Arbeiten übernehmen: Pflege, Gesundheit, Lebensmittelhandel, Logistik etc. wird zwar bedauert, aber nicht mal temporär verbessert. Die vollständig aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossenen, wie Obdachlose, Menschen ohne Aufenthaltsstatus, Flüchtlinge etc. fallen ganz durchs Raster. Die Art der Hilfen vertieft daher die existierenden Ungleichheiten. Es ist also nicht die Pandemie, die die soziale Ungleichheit verschärft, es sind die sozialen und politischen Verhältnisse, auf die die Pandemie trifft.

Nun herrscht kein Mangel an Vorschlägen, wie man diesen Zuständen etwas entgegensetzen könnte. Länger bereits gestritten wird beispielsweise über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, gefordert werden eine Erhöhung der Hartz IV-Sätze, die Anhebung des Mindestlohns, die Stärkung der Tarifbindung, höhere Steuern auf Kapitalerträge, eine Reform der Erbschaftssteuer, etc. pp. Akut wird ein »Corona-Soli« gefordert, die Anhebung des Kurzarbeitergeldes, die Erhöhung der Grundsicherung während der Pandemie um monatlich 100 Euro, sowie die kostenlose Ausgabe von Schutzmitteln gegen die Übertragung des Virus, wie beispielsweise FFP2-Masken, etc. All das basiert auf der Idee, die sozial Abgehängten in der Pandemie kurzfristig besser zu schützen, sowie langfristig die abhängig Beschäftigten und jene vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten ein wenig besser zu stellen, die Seite der Einkommen gegenüber jener des Vermögens, zu stärken, kurz: die soziale Ungleichheit etwas zu verringern. Dagegen ist nichts einzuwenden, ganz im Gegenteil. Allerdings: Die Machtasymmetrie zwischen jenen, die keine Verfügungsgewalt über Produktionsmittel innehaben und die der krisenhaften Dynamik des damit verbundenen Marktes ausgeliefert sind und jenen, die diese



Verfügungsgewalt haben und Kraft ihres dadurch angesammelten Vermögens durch jede Krise kommen, ist damit nicht aufgehoben. Dazu müsste an ganz anderen Schrauben gedreht werden.

Zuvorderst wäre hier eine »Stärkung des Öffentlichen« zu nennen, das heißt die Rücknahme von Privatisierungen in der Daseinsvorsorge. Mit den Privatisierungsoffensiven der letzten Jahrzehnte wurde die Befriedigung von lebensnotwendigen Bedürfnissen (Wohnen, Mobilität, Gesundheit, etc.) der Handlungsrationale von Konkurrenz und Profitmaximierung unterstellt, so dass in der Folge nicht nur die Löhne der dort Beschäftigten sanken, Arbeitsverhältnisse wurden auch prekär oder ganz eingespart (Beispiel Post, Gesundheitswesen, etc). Würde man all diese Bereiche in die öffentliche Hand führen, sie massiv mit Ressourcen ausstatten und zugleich den Zugang dazu für einkommensarme Menschen nahezu kostenfrei anbieten, wäre nicht nur eine angemessene Grundversorgung geschaffen, die Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum ermöglicht, es würde auch in Krisenzeiten zumindest das Schlimmste abfedern.

Diese Art des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur sollte sukzessive auf andere Felder übertragen werden. Zentral dabei wäre, dass das Öffentliche auf Strukturen von Kooperation statt Konkurrenz basiert und zugleich die Befriedigung von Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt, nicht jene der Vermehrung

von Kapital. Verstaatlichung kann allerdings die Lösung nicht sein, denn das wäre lediglich ein Wechsel der Eigentümerschaft. Auch der Staat kann dann privatwirtschaftlich agieren und/oder Machtasymmetrien ausnutzen. Daher wäre ein weiteres unabdingbares Kriterium, dass die Nutzerinnen und Nutzer dieser öffentlichen Leistungen weitgehende Mitspracherechte haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Qualität der Leistung, sondern auch auf den Ressourcenverbrauch (ökologische Aspekte), sowie auf die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten.

Dies hätte zur Folge, dass die Verfügungsgewalt über den Einsatz von Produktionsmitteln dann einem gesellschaftlichen Zweck und nicht mehr einem privategoistischen Zweck dienen würde. Es wäre nichts Geringeres als die Einführung von Demokratie in die Sphäre der Wirtschaft und damit die Aufhebung der Trennung von Politik und Ökonomie. Das wäre noch keine hinreichende Bedingung für eine gesamtgesellschaftliche Reproduktion, die nicht mehr zu Lasten von Mensch und Natur ginge. Aber es wäre eine notwendige Bedingung, weil die Produktionsweise vom geschlossenen privaten in den öffentlichen Raum treten würde. Damit würde sie demokratisch verhandelbar.



Sabine Nuss ist Publizistin und Geschäftsführerin des Karl Dietz Verlags in Berlin. Sie veröffentlicht in diversen Zeitschriften und Tageszeitungen.